



Leseprobe aus Böhnisch und Schröder, Sozialpolitik und Soziale Arbeit,
ISBN 978-3-7799-2258-2

© 2012 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?
isbn=978-3-7799-2258-2](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2258-2)

Kapitel 1

Historische Grundlinien der Sozialpolitik

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts befand sich die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung am Scheideweg. Während die programm- und parteiorientierten Organisationsspitzen weiter an der Perspektive der Überwindung des kapitalistischen Systems festhielten, suchten Gewerkschaftler in der lokalen Wirklichkeit der Betriebe nach Wegen der konkreten Umgestaltung der kapitalistischen Arbeitswelt und Teilhabe der Arbeiter an einer menschengerechteren Entwicklung der Produktionsbedingungen. Dem marxistischen Glauben an die Geschichtsnotwendigkeit des Unterganges des Kapitalismus stand die Hoffnung auf konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebenssituation der proletarischen Bevölkerung gegenüber. Während die einen jeden Schritt der betrieblichen Reform als Verlängerung der Ausbeutung und Unterdrückung werteten, sahen die anderen in der Verbesserung der proletarischen Lebensbedingungen die Chance auf mehr Freiheit als Voraussetzung für die Einflussnahme auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Sozialpolitik und Sozialwissenschaft um 1900

In das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts fällt auch der Beginn der systematischen wissenschaftlichen Fundierung der Sozialpolitik in Deutschland. Werner Sombart, einer der Begründer der wissenschaftlichen Sozialpolitik, wollte den Begriff „Sozialpolitik“ vor allem auf „Maßnahmen“ angewendet wissen, „die auf die Gestaltung der ‚sozialen Ordnung‘ sich erstrecken“ (1904, S. 10). Sombarts Thesen sind darum von Bedeutung, da sie eine grundlegende Wende in der sozialpolitischen Theoriebildung markieren. Seitdem am Ende des 19. Jahrhunderts junge Sozialwissenschaftler wie er und natürlich auch Max Weber die marxische Gesellschaftsanalyse produktiv und kritisch zum Anlass nahmen, die Sozialpolitik auf die Grundlage einer differenzierten Betrachtung von Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen, ist deutlich geworden, dass sowohl die wirtschaftliche als auch die sozialkulturelle Entwicklung in der industriekapitalistischen Moderne von einer regulierenden Sozialpolitik abhängig ist, dieser bedarf. Sombart setzte seine Hoffnung noch auf ein Wirtschafts- und Sozialsystem, durch das die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung miteinander versöhnt werden sollte. Gleichzeitig erkannte er die Arbeiterbewegung als jene soziale Bewegung an, deren Ziele und Aufgaben aus den Widersprüchen der industriekapitalistischen Gesellschaft erwachsen. Die Arbeiterbewegung war für ihn *das* Modellbeispiel für soziale Integrationsprozesse im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese zentrale Idee der Wechselwirkung von Wirtschaft und Gesellschaft wurde nicht nur in nationalökonomischen, sondern auch in kulturtheoretischen und geistesgeschichtlichen Untersuchungen thematisiert und begründet. Hier ist vor allem Max Webers Studie „Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus“ (1905) zu nennen. Weber betonte darin, dass die Durchsetzung des kapitalistischen Geistes sich wesentlich „dornenvoller“ vollzogen habe, als die „Theoretiker des Überbaues“ annahmen und fragte nach dem ethischen und kulturellen Unterbau des Kapitalismus (Weber 1905, S. 23).

Die „reformistische“ Linie in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat sich dann im zwanzigsten Jahrhundert durchgesetzt. Damit knüpfte die deutsche Gewerkschaftsdiskussion auch an die englische Argumentationslinie der „Fabian Socialists“ an: Erst die Schaffung sozialer Rechte und sozialer Hintergrundicherheit erbringt die Voraussetzungen und Spielräume für die soziale Gestaltung der Gesellschaft von den so von der Existenznot befreiten Menschen her. In diesem Prozess wurde Armut zunehmend weniger „als schicksalhafter Ausfluß ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und/oder individuelle Schuld“ begriffen, sondern als ein „soziales Übel“ betrachtet, „das kollektiven gesellschaftlichen Interventionen zugänglich ist“. „Die kulturelle Integration und das Verblässen der revolutionären Option, schließlich die Aufgabe des Bildes von der Determiniertheit des Arbeiterschicksals im Kapitalismus – all dies bedeutete nicht so etwas wie die Stillsetzung des sozialpolitischen Konflikts. Im Gegenteil, kulturelle Konvergenz, soziale Einbindung und sozialpolitische Konfliktfähigkeit bedingten einander. Denn in den entwickelten sozialen Auseinandersetzungen wurde nun nicht mehr in den Begriffen einer ‚ärmlichen‘ Andersartigkeit ein allgemein-moralisches ‚Menschrecht‘ eingeklagt, sondern es wurden nun in den Begriffen des ‚weniger von‘ und der geringeren/verweigeren ‚Teilhabe an‘ historisch definierten sozialen und kulturellen Gütern, Werten, Rechten eine Fülle konkreter Dinge in aller Schärfe erst real verhandelbar und sichtbar“ (Evers/Nowotny 1987, S. 161).

In diesem Kontext ergaben sich über den Staat und die sozialen Bewegungen, in erster Linie die Arbeiterbewegung, überraschende soziale Durchdringungen und Umstrukturierungen der modernen industriekapitalistischen Gesellschaft und damit historisch neue Qualitäten der Vergesellschaftung. Ausdruck dieser sozialen Verwandlung des Kapitalismus – die seine historische Form, nicht aber sein asoziales Wesen verändert hat – ist die moderne Sozialpolitik. Der damit behauptete Zusammenhang von sozialer Sicherheit und sozialer Gestaltung steht bis heute – immer wieder kontrovers diskutiert – im Zentrum der Auseinandersetzungen um das sozialstaatlich zu gewährende Ausmaß der Leistungen sozialer Sicherheit.

1.1 Sozialpolitik als Ergebnis industriekapitalistischer Vergesellschaftung – Eduard Heimanns „soziale Theorie des Kapitalismus“

Dass das Ökonomische und das Soziale trotz ihrer unüberbrückbaren Widersprüchlichkeit im Sozialpolitischen historisch zusammenspielen konnten und mussten, liegt nach Eduard Heimanns (1929) dialektischem Verständnis von Sozialpolitik vor allem darin begründet, dass der Kapitalismus auf den Einbau des Sozialen angewiesen war. Wollte er historisch überleben, sein immanentes Ziel der Wachstums- und Profitsteigerung erreichen und sich zu diesem Zwecke modernisieren, war er auf das Soziale angewiesen. Und umgekehrt konnte sich das Soziale über die Produktiv- und Wachstumskräfte des Kapitalismus in der gesellschaftlichen Gegenwart – ohne Vertröstung auf eine radikale Utopie – entfalten und zum gesellschaftlichen Strukturprinzip werden: „Sozialpolitik ist eine Summe von Maßregeln zum Schutz und zur Förderung des arbeitenden Menschen, den die Güterordnung als eine Sache unter Sachen behandelt. Kapitalismus ist aber – hinter und unter jedem bloß rationalen Zwecksinn – Kapitalherrschaft und enthüllt sich als solche besonders in der rational so störenden Monopolgipfelung; Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. In der Doppelstellung der Sozialpolitik als Fremdkörper und zugleich als Bestandteil im kapitalistischen System liegt ihre eigentümliche Bedeutung; darin ihre Dynamik, darin ihre dialektische Paradoxie und theoretische Problematik, welche schon als solche für ein undialektisches Denken unerkennbar ist. Das undialektische Denken bricht hier, wie stets, das dialektisch Zusammengehörige auseinander und wirft von der einen Seite her der Sozialpolitik vor, sie zerstöre von innen her das kapitalistische System, das doch erhalten bleiben müsste; sie sei ein Gift, welches ausgestoßen werden müsse; während von der anderen Seite her geklagt wird, dass die Sozialpolitik innerhalb des Kapitalismus, also unter Bewahrung des Kapitalismus, dasjenige kümmerlich zu leisten versuche, das nur auf seinen Trümmern voll geleistet werden könne“ (Heimann 1980, S. 167f.).

In der Vergesellschaftung der ‚sozialen Idee‘ im entwickelten Kapitalismus wurden erst die materiellen Voraussetzungen für eine technisch-ökonomisch moderne und nach Demokratisierung drängende Industriegesellschaft geschaffen. Die Sozialpolitik ist zugleich Resultante und Antrieb dieses dialektischen Zusammenspiels. Sozialpolitik ist somit nicht nur eine institutionelle Form (‚Teilpolitik‘), sondern *Strukturprinzip* der industriekapitalistischen Moderne.

Wenn wir von diesem abstrahierenden Modell auf die historische Wirklichkeit der Industrialisierung und Entwicklung des Kapitalismus im letzten

Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland rekurrieren – darauf bezieht sich Heimanns Modell –, können wir unschwer die Linienführung hin zu dieser Dialektik erkennen. Wir sehen sie in der Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung, wie die Gleichzeitigkeit von antikapitalistischem Kampf und Entwicklung von Arbeits- und Betriebsidentitäten zu sozialen Durchdringungen und Veränderungen der kapitalistischen Unternehmen führt.

Zentral an Heimanns Modell ist, dass er die Modernisierung des Kapitalismus hin zum sozial gebundenen Kapitalismus als strukturelle Gleichzeitigkeit von ökonomischer Notwendigkeit und sozialem Gestaltungswillen des Menschen erkannt hat. Er fasst diese Zusammenhänge in ihrer strukturellen Logik wie folgt zusammen: „Die soziale Idee entspringt aus dem wirtschaftlich-sozialen Boden des Kapitalismus [der Kapitalismus bringt den Arbeiter hervor], sie nimmt in der sozialen Bewegung Gestalt an und setzt sich mit wirtschaftlich-sozialen Mitteln [Forderungen, in denen ökonomische Notwendigkeiten und soziale Ansprüche konvergieren] im Kapitalismus und gegen den Kapitalismus durch. Weil sie auf dem Boden des Kapitalismus entspringt und wächst, weil sie also durch ihre bloße Existenz im Kapitalismus steht, [der Kapitalismus ist auf ein sich stetig verbesserndes Humankapital angewiesen] darum kann sie ihre wachsenden Forderungen in wachsendem Maße durchsetzen. [...] Was man auf diese Weise bewahrt, das ist nicht der Kapitalismus; es ist fortschreitend weniger Kapitalismus, je öfter der Vorgang sich wiederholt. Denn aus dem willkürlichen Herrschaftsbereich des freien Kapitals – und das ist doch der Kapitalismus – holt die Sozialpolitik die Menschen heraus und setzt sie in ihren eigenen Freiheits- und Machtbereich ein; da das aber nicht außerhalb der bisher vom Kapitalismus geordneten Wirtschafts- und Sozialwelt geschieht, so bestätigt sich die Sozialpolitik als ein Einbruch in den Kapitalismus.“ (Heimann 1980, S. 171 f.)

Der Kapitalismus – so das Modell – ist also zum Zwecke seiner Modernisierung (im Sinne der Verbesserung der Verwertungsbedingung des Kapitals und damit der Profitsteigerung) auf die Entwicklung und Qualifizierung des Humankapitals angewiesen. Dies ist wiederum nur als soziale Erweiterung möglich: Es sind die Menschen und nicht nur ihre abrufbaren funktionalen Fähigkeiten, die sich entwickeln und erweitern müssen, um in die neuen Produktionsanforderungen hineinzuwachsen. Damit kommt eine Erweiterung als Humanisierung über die soziale Idee notwendig in den Kapitalismus hinein und entfaltet – auch abseits der reinen ökonomischen Funktion – seine soziale und politische Eigenkraft im Resultat der Sozialpolitik.

Heimann beschreibt dabei nur das dialektische Strukturprinzip der Sozialpolitik, hat aber keine eigene Staatstheorie. Er war genossenschaftlich orientiert, dachte das sozialpolitische Prinzip von den sozialen Bewegungen her, aus der Selbsthilfe heraus verwirklicht und billigte dem Staat nur Selbsthilfe fördernde und gewährleistende sozialpolitische Funktionen zu. So modern diese Idee der ‚Sozialpolitik von unten‘ heute angesichts eines

bürokratisierten Sozialstaats auch scheint, so hat Heimann jedoch die historische Rolle des Staates in der Dialektik der Sozialpolitik (gerade für Deutschland) nicht erfasst.

Der Nationalstaat und die Sozialpolitik

Nach der deutschen Reichsgründung (1871) wurde die staatliche Arbeiterpolitik – abgesetzt von der Armenpolitik – zu einem zentralen Kern der sozialpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland. In dieser Phase der Hochindustrialisierung fielen die Herausforderungen der nationalen Einigung und der sozialen Befriedung des Landes zusammen. Seitdem gehört die Funktion der sozialen Integration zum besonderen Kern deutscher Sozialpolitik. Im Kaiserreich entwickelte sich entsprechend eine eigenständige Arbeiterpolitik als Sozialpolitik, die sich explizit von der Armenfürsorge abhob.

Gleichzeitig wurden die ersten großen empirischen Untersuchungen zur sozialen Lage der Bevölkerung in Deutschland durchgeführt, die zeigten, dass die industrielle Entwicklung eben nicht automatisch zu Reichtum und Gerechtigkeit, sondern umgekehrt auch zu sozialer Ungerechtigkeit und starker sozialer Ungleichheit führt. Zudem konnten sie aufzeigen, dass diese Entwicklung durch Staatsintervention verändert und im Zusammenspiel mit den sozialen Gerechtigkeits- und Gleichheitsideen der Arbeiterbewegung zu einer sozialen und institutionellen Veränderung des Kapitalismus führen konnte. Damit war die Sozialpolitik als Politik der Regulierung des Kapitalismus geboren. Sie wurde nun vor allem als staatliche Politik begriffen, da der direkte Zusammenhang zwischen der Veränderung des Kapitalismus und den Interventionsspielräumen des Staates erkannt wurde. Dies entwickelte sich in den damaligen europäischen Nationalstaaten unterschiedlich (vgl. Gall 1989). Gemeinsam an dieser Entwicklung aber ist, dass der Nationalstaat im 19. Jahrhundert eine zunehmende Bedeutung in der industriellen Vergesellschaftung der europäischen Staaten erlangte. Deutschlands Weg war dadurch gekennzeichnet, dass die Positionierung des Nationalstaats in das Weltwirtschaftssystem und die Lösung der Sozialen Frage in einem Akt mit der Nation-Werdung von 1870/71 zusammenfielen. Territoriale, konfessionelle sowie soziale Spaltungen mussten genauso überwunden werden, wie die Ökonomie eine nationalstaatliche Einigung erforderte.

Das sozialpolitische Prinzip ist im deutschen Sozialstaat noch einmal besonders vermittelt: Der Staat schuf nicht nur die verallgemeinerten Bedingungen für die Modernisierung des Kapitalismus (gesetzliche Verpflichtung der Einzelkapitalien auf allgemeine Wettbewerbs- und Arbeitsschutzregeln, Institutionalisierung von Bildung, Ausbildung und sozialer Sicherung, infrastrukturelle Ermöglichung offener Märkte und von Mobilität), sondern dominierte vor allem auch in seiner sozialintegrativen Funktion. Insofern war es gerade in Deutschland nicht verwunderlich, dass sich die sozialpolitische Dialektik auf den Staat zubewegte. Die Dominanz des Staates fiel mit der in der sozialpolitischen Dialektik freigesetzten Notwendigkeit gesellschaftlicher Regulation zusammen. Die in diesem sozialpolitischen Zusammenspiel wirkenden Gruppen – hier die Kapitalfraktionen, dort die Arbeiterbewegung – versuch-

ten im Verlauf der Geschichte des deutschen Kaiserreichs auch zunehmend Einfluss auf den Staat zu gewinnen und umgekehrt.

Deshalb liegt die Entwicklungsspannung der Sozialpolitik nicht nur in der Dualität von Arbeit und Kapital, sondern sie muss zum Dreieck von Arbeit, Kapital und Staat (sozialpolitisches Dreieck) erweitert werden. In diesem Dreieck waren es – eben unter dem Einfluss dieser zunehmenden staatlichen Regulation – nicht mehr die Einzelunternehmen und betrieblichen Arbeitergruppen, welche sich gegenüberstanden, sondern Parteien, Gewerkschaften, Industrieverbände, welche den Grundkonflikt mediatisierten und sich zunehmend als institutionelle und politische Konfliktgegner gegenüberstanden. Als dann mit der Weimarer Republik der Staat demokratisch und damit allgemein legitimationsabhängig wurde, richtete sich das sozialkapitalistische Kräftespiel noch mehr an ihm aus. Die Massenarbeitslosigkeit der ausgehenden 1920er Jahre wurde zum Beispiel dem Staat und nicht so sehr dem Kapital angelastet – und dieses Phänomen können wir auch heute beobachten.

Insofern ist das Prinzip Sozialpolitik bei uns in besonderer Weise staatlich mediatisiert. Diese Fokussierung auf den Staat nimmt im Verlauf der deutschen Geschichte zu, als sich in den 1920er Jahren auch in Deutschland der Konsumkapitalismus entwickelt und in eine neue Spannung zur Sozialpolitik tritt. Den damit verbundenen gravierenden Strukturwandel der kapitalistischen Gesellschaft wollen wir historisch und theoretisch an der Bedeutung des fordistischen Modells für die Entwicklung des Industriekapitalismus in Deutschland zeigen.

1.2 Sozialpolitik im Sog des Massenkonsums – Ford und der Fordismus

Neben Heimanns ‚Sozialer Theorie des Kapitalismus‘ ist es für ein Verständnis der Sozialpolitik zentral, sich mit dem Fordismus der 1920er Jahre auseinanderzusetzen. Dass der Begriff des ‚Fordismus‘ in der Politökonomie zum Oberbegriff für die Kennzeichnung einer epochalen Gesellschaftsformation des 20. Jahrhunderts werden konnte, hängt wohl mit dem ganzheitlichen Anspruch und der vergesellschaftenden Wirkung der fordischen Ideen und ihrer demonstrativen Anwendung zusammen. In diesem Sinne wurden sie eben nicht nur als ökonomisch-technische Neuerungen, sondern als ‚gesellschaftliche Revolution‘, als Überwindung der Klassengesellschaft – nun nicht mehr durch den Kommunismus, sondern durch einen erneuerten Kapitalismus selbst – gepriesen. Diese ideologisch-epochale Wirkung verdankt das eher pragmatisch und rezepturhaft aufgebaute Gedankengebäude Henry Fords neben seiner demonstrativen praktischen Wirkung *zwei Schlüsselideen*, welche die traditionelle antikapitalistische Kritik der sozialistischen Bewegungen auszuhebeln schienen:

- die Idee der Transformation der Arbeiteridentität in eine Konsumentenidentität;
- der Versuch der Exklusion der Gewerkschaften aus dem fordistischen Produktions- und Konsumtionsprozess mit der Begründung, dass sie nicht nur dessen ökonomische Rationalität, sondern vor allem auch seine wohlfahrtliche Effizienz gefährdeten und daher den Arbeitern nur schaden.

Die Transformation des Arbeiters zum Konsumenten – *die erste Schlüsselidee* – ist wohl das Kernstück des fordischen Wirtschafts- und Wohlfahrtspragmatismus: „Der Arbeiter ist mehr Käufer als Verkäufer. Der Punkt, von dem aus man das Rad ins Rollen bringen muß, ist der Kauf. Macht es dem einfachen Volke leicht, sich Dinge zu kaufen. Das schafft Arbeit. Das schafft Löhne. Das schafft Überschuss für Ausdehnung und größere Dienstleistung“ (Ford 1926, S. 21).

Allerdings ist die Lohnerhöhung nur ein Aspekt der Balance von Lohn, Profit, technologischem Fortschritt und gesellschaftlicher Dienstleistung: „Man kann einem Menschen kein größeres Unrecht zufügen, als ihm einen hohen Lohn für eine geringfügige Summe Arbeit zu zahlen, steigert doch sein hoher Lohn die Preise aller Lebensnotwendigkeiten und rückt sie damit außerhalb seines Bereichs. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, dass der Nutzen oder die Früchte des Erfindungsgeistes, der die Kosten herabsetzt, dem Arbeiter zustehen. Diese Anschauung erwächst aus einem anderen Mißverständnis des industriellen Prozesses. Profite gehören in erster Linie ins Geschäft, und die Arbeiter sind nur Teile des Unternehmens. Würden sämtliche Profite an den Arbeiter abgeführt, dann wären Verbesserungen [...] unmöglich. Die Preise müssten anziehen, der Absatz würde nachlassen, und das Geschäft würde allmählich zugrunde gehen. Die Profite müssen vielmehr zur Herabsetzung der Gesteungskosten verwandt werden, und der Vorteil der verminderten Kosten muss in beträchtlichem Maße dem Konsumenten zu Gute kommen. In der Auswirkung ist dies das Gleiche wie eine Steigerung der Löhne“ (Ford 1926, S. 11).

Die betriebswirtschaftliche Theorie für dieses Kernstück der fordischen Unternehmensführung hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg F. W. Taylor in seinen ‚Principles of Scientific Management‘ (deutsch: ‚Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung‘ 1912) gelegt. Die ökonomisch-technische Voraussetzung für die Erhöhung der Löhne war dabei die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch arbeitsteilige Intensivierung der Arbeitskraft (Zerlegung der Arbeitsvorgänge, Rationalisierung und Koordinierung der entsprechenden Arbeitsabläufe). Das Ziel „hohe Löhne bei geringen Herstellungskosten“ wurde vor allem auf der Grundlage von wissenschaftlichen Zeitstudien realisiert. Taylor ging von der These aus, „daß es keine praktischere und vergleichsweise einfachere Methode zur Feststellung der Herstellungszeit einer Arbeit gibt als die wissenschaftliche Zeitstudie, und dass

bei den auf dieser Grundlage aufgebauten Lohnverfahren die Arbeiter alle Neigung zur absichtlichen Verzögerung der Arbeit freudig aufgeben und ihr Ganzes zur Erreichung der Höchstleistung einsetzen, wenn sie nur des dauernden entsprechenden Mehrverdienstes versichert sind“ (Taylor 1917, S. 14).

Im tayloristisch-fordistischen System wird also versucht, das traditionelle Verhältnis von Kapital, Arbeit und gesellschaftlichem Fortschritt ideologisch und praktisch umzupolen. Der Arbeiter wird nicht mehr durch die Überwindung des kapitalistischen Systems befreit – wie in der marxistischen Variante – oder über die soziale Durchdringung des Kapitalismus und seine schrittweise Veränderung – wie im Ansatz Heimanns –, sondern über die gesellschaftliche Öffnung des Kapitalismus aus sich selbst heraus. Er soll aus der proletarischen Enge in den Konsumentenstand ‚gehoben‘ werden.

Die soziale Idee von der Befreiung des Menschen mutiert so zur Idee des Lebensstandards, der Freiheit im und zum Konsum. Das Produkt wird zur sozialen Dienstleistung, weil es den Lebensstandard sichert. Lohn und Profit dienen gleichermaßen dem ‚industriellen Prozess‘ der ständigen technologischen Verbesserung der Konsumbedingungen. Der Widerspruch von Arbeit und Kapital soll sich in der Teilhabe am Konsum auflösen können. In der Teilhabe am Konsum symbolisiert sich auch die subjektive Teilhabe des Arbeiters am industriellen Prozess. Mit dieser Wendung zum Konsum ist die Balance des heimannschen Modells grundlegend gefährdet. Die industrielle Entwicklung hat durch die tayloristische Innovation eine neue historische Qualität erhalten: Das technologisch gegenüber der Arbeit unabhängiger und damit dominanter gewordene Kapital kann nicht nur die Arbeitsprozesse (die nun zum Teil des industriellen Prozesses geworden sind) kontrollieren, sondern verspricht auch über das Konsumprodukt Sinn, individuelles Glück und allgemeine Konsumwohlfahrt.

Dieser strukturellen Entmachtung der Arbeit entspricht – wie es in der *zweiten* Schlüsselidee formuliert ist – die politische Entmachtung der Gewerkschaften, welche die technisch-rationale und konsumwohlfährtliche Logik und die gesellschaftliche Autorität des industriellen Prozesses – so Ford – nur noch zu stören scheinen: „Wenn die Arbeiter irgendeinem äußeren Einfluß oder einer fremden Kontrolle unterstehen, die die Arbeitssumme, welche die Leute an einem Tage verrichten dürfen, begrenzt – wenn sie einer fremden Autorität Verantwortung schulden, dann wird natürlich jede Verwaltung unmöglich, dann können auch keine hohen Löhne für die Erzeugung billiger Produkte gezahlt werden. Das ganze Lohnmotiv geht in die Brüche. Das ist der unheilvolle Fehler der üblichen Gewerkschaften – sie beschränken die Produktion, engen die Märkte ein, bewirken Zeitvertrödelung und niedrige Löhne“ (1926, S. 129).